

„Einen Fremden sollst du nicht ausnutzen oder ausbeuten“ (Ex 22,20)

Ein Mann sitzt im Bummelzug. Bei jeder Station steckt er den Kopf zum Fenster hinaus, liest den Ortsnamen, stöhnt und lässt sich wieder in seinen Sitz fallen. Nach vier oder fünf Stationen fragt ihn besorgt ein anderer Fahrgast: „Geht es Ihnen nicht gut, dass Sie so stöhnen?“ Da antwortet er: „Eigentlich müsste ich aussteigen. Ich fahre die ganze Zeit in die falsche Richtung. Aber draußen ist es dunkel und hier im Zug ist es so schön warm...“

Eigentlich hätte man handeln können, handeln müssen, anhalten und aussteigen... Der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer hat einmal gesagt, es könne die Situation eintreten, in der es für die Kirchen darauf ankäme, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Ich möchte Ihnen heute von Erfahrungen berichten, die mich bewegen einzugreifen, zu bremsen, Sand im Getriebe zu sein.

Jesus Christus ruft zur Umkehr auf. Sein Evangelium ist politisch, prophetisch, radikal. Propheten in der jüdisch-christlichen Tradition waren und sind sozialkritisch, sie stellen die Verhältnisse und Verhaltensregeln in Frage, denken quer. So prangert im 8. Jhdt. v. Chr. der Prophet Amos soziale Missstände in Israel an. Er, der Viehzüchter und Obstbauer, tritt im Heiligtum Bethel auf und ruft als Stimme Gottes in den feierlichen Tempelgottesdienst hinein:

„Ich hasse eure Feste, ich verabscheue sie und kann eure Feiern nicht riechen. Wenn ihr mir Brandopfer darbringt, ich habe kein Gefallen an euren Gaben, und eure fetten Heilsopfer will ich nicht sehen. Weg mit dem Lärm deiner Lieder! Dein Harfenspiel will ich nicht hören, sondern das Recht ströme wie Wasser, die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach. Habt ihr mir etwa Schlachtopfer und Gaben dargebracht während der vierzig Jahre in der Wüste, ihr vom Haus Israel? (Am 5,21-25)

Was ist passiert? In einer Zeit wirtschaftlicher Blüte in Israel Mitte des 8. Jahrhunderts v. Chr. praktizieren der König und die Führungsschicht des Landes eine Art Land-Grabbing. Durch hohe Abgaben drängen sie die Schicht der Kleinbauern gezielt in die Schuldklaverei. Diese Schuldklaven können sie dann beliebig ausbeuten. Daraufhin tritt Amos auf und nennt das Unrecht und die Schuldigen beim Namen:

Hört dieses Wort, die ihr die Schwachen verfolgt und die Armen im Land unterdrückt. Ihr sagt: Wann ist das Neumondfest vorbei? Wir wollen Getreide verkaufen. Und wann ist der Sabbat vorbei? Wir wollen den Kornspeicher öffnen, das Maß kleiner und den Preis größer machen und die Gewichte fälschen. Wir wollen mit Geld die Hilflosen kaufen, für ein Paar Sandalen die Armen. Sogar den Abfall des Getreides machen wir zu Geld. Beim Stolz Jakobs hat der Herr geschworen: Keine ihrer Taten werde ich jemals vergessen.“ (Am 8,4-7)

Amos sagt deutlich: Ohne das Bemühen um Gerechtigkeit ist jeder Gottesdienst wertlos. Und Gott steht auf der Seite der Schwachen. Die Landgabe durch Gott, so sagen es die Propheten immer wieder, das verheißene Land als Lebensgrundlage des Volkes Israel, ist im Sinne Gottes nur zu verstehen als *Leihgabe*: Gabe und Aufgabe und Verpflichtung zur Solidarität. Bezugspunkt dieser Verpflichtung bleibt immer die Befreiung des Volkes Israel aus der Sklaverei in Ägypten. Im Buch Levitikus im Alten Testament lesen wir:

„Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“

(Lev 19,33f.)

Gott steht auf der Seite der Kleinen und Schwachen. Dann muss die Kirche *genau dort* stehen. Denn *„eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts.“* Dieses Wort des französischen Bischofs Jacques Gaillot gilt: *„Eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts!“*

In der Nordwest-Zeitung vom 14. März des vergangenen Jahres war folgender Bericht zu lesen:

„Sie arbeiteten bis zu 16 Stunden am Tag. Bezahlt wurden die Überstunden nicht – ungeachtet bestehender Gesetze. Sie hatten gearbeitet, so wie jeden Tag. Als sie endlich fertig waren, kam der Chef zu ihnen und feuerte sie. Fristlos. Gründe nannte er keine, „Er beleidigte uns nur“, sagt Gabriele Gheorge. Sie hatten nun keinen Job mehr: neun Rumänen, die zum Teil seit Monaten, zum Teil seit Jahren auf dem Schlachthof Oldenburg gearbeitet hatten. Was sollten sie tun? Bei Gabriel klingelte wenig später das Telefon. Der Chef war dran. Er forderte Gabriele auf, sein Zimmer zu räumen, „Du musst Platz machen für neue Leute“. Das Zimmer gehört der Firma. Gabriele kam bei Vasile Mihai unter, einem ebenfalls arbeitslos gewordenen Kollegen. Vasile hat seine Wohnung selbst angemietet. „Wir helfen uns gegenseitig“, sagt Vasile. Gabriele Gheorge und Vasile Mihai sind Angestellte der LUGO GmbH aus Duisburg. (...) Mit den rumänischen Arbeitern hat LUGO Arbeitsverträge abgeschlossen. (...) Vasile Mihai, der bereits Jahre auf dem Schlachthof arbeitet, schätzt, dass er wohl zehn verschiedene Arbeitgeber hatte. (...) seine Arbeit veränderte sich nie, nur der Firmenname.

Vasile und Gabriele sagen, ihr Arbeitstag auf dem Schlachthof begann morgens um 4 Uhr. Sie schlachteten, viertelten und verluden, so wie es der Werkvertrag vorsieht. (...)„Feierabend war, wenn wir fertig waren: um 18, 19 oder 20 Uhr“, sagt Vasile. LUGO (oder die Vorgängerfirmen) überwies den Arbeitern einen Lohn. Abrechnungen bekamen sie nie. Erst im Januar, nach den großen Mindestlohn-Kontrollen des Zolls in Deutschland, erhielten die Rumänen rückwirkend einen Stapel Lohnabrechnungen von LUGO. (...) Die Miete wurde vom Nettolohn wieder abgezogen. Manchmal fanden sie weitere Abzüge: Strafgebühren, zum Beispiel für schlecht gereinigte Messer. Mal waren 10 Euro fällig geworden, mal 60 Euro, vereinzelt sogar 110 Euro. Was die Rumänen auf der Abrechnung nicht fanden, waren Nachweise über ihre geleisteten Arbeitsstunden. Die Arbeiter kamen nach eigenen Angaben im Monat häufig auf 230, 250 oder 270 Stunden, im Einzelfall sogar auf 300 Stunden. Der ausgezahlte Bruttolohn (...) bewegte sich zumeist zwischen 1400 und 1600 Euro. Manchmal lag er auch deutlich darunter. 1600 Euro für 250 Arbeitsstunden entsprechen einem Stundenlohn von 6,40. Bei 300 Stunden sind es nur 5,33 Euro. „Eigentlich wurden wir die ganze Zeit behandelt wie Sklaven“, sagt Gabriele Gheorge.“

Bei einem Besuch in der Region sagte Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel am 13. März 2015: *„Wir reden hier ... nicht über Werkverträge, sondern über illegale Arbeitnehmerüberlassung und den Missbrauch von Werkverträgen. Wenn nur die Hälfte von dem wahr ist, was ich hier eben gehört habe, muss man sich schämen.“* - Es fehle nicht an den nötigen Gesetzen, diese müssten aber am Arbeitsmarkt auch durchgesetzt werden. Gabriel regte an, Schwerpunkteinheiten zu bilden, in denen Polizei, Zoll, Gewerbeaufsicht, Steuerfahndung und Staatsanwaltschaft zusammengezogen werden, *„...um“,* so wörtlich, *„diesen Sumpf trocken zu legen. Manches, was ich hier heute gehört habe, ist für mein Verständnis nahe an der organisierten Kriminalität.“*, so Bundeswirtschaftsminister Gabriel.

Das zunächst legale und weitverbreitete Arbeitsmarkt-Instrument der *Werkverträge* wird mitten in unserer „Sozialen Marktwirtschaft“ massenhaft missbraucht, um elementarste Standards von Entlohnung und Absicherung systematisch zu unterlaufen. Hier geschieht offenkundiges Unrecht, man muss an vielen Stellen wirklich von „Ausbeutung“ sprechen und von „Moderner Sklaverei“. Dabei heraus gekommen ist ein staatlich geduldeter rechtsfreier Raum und zunehmend die Verdrängung von Stammbeschaften. So sind im Durchschnitt 80% der Arbeitsplätze in der Fleischindustrie mit Werkvertrags- und Leiharbeitern besetzt. Dass Teile einer Wertschöpfungskette ausgelagert und fremdvergeben werden, ist zunächst völlig legitim und alltäglich. Über sogenannte „Werkverträge“ werden arbeitsteilig Dienstleistungen Betriebsfremder in Anspruch genommen. Ein Gewerk wird vergeben zum festgesetzten Preis. Wenn diese Vergabe allerdings vielfach im Kerngeschäft eines Unternehmens geschieht, um Löhne zu drücken und Stammbeschaften abzubauen, dann ist etwas schief! Genau diese Praxis hat in der Fleischwirtschaft und vielen anderen Branchen zur Ausbeutung vor allem ost- und südosteuropäischer Arbeitsmigranten geführt.

Ich will es bewusst ganz drastisch sagen: Der Missbrauch der Werkverträge frisst sich wie ein Krebsgeschwür quer durch unsere Volkswirtschaft! Bis in Kleinstbetriebe hinein hat dieses miese Beschäftigungsmodell mitten in unserer Marktwirtschaft Schule gemacht. Durch den Missbrauch der Werkverträge und der Leiharbeit werden in Deutschland - längst nicht nur in der Fleischindustrie - jeden Tag hunderttausende vor allem osteuropäische Arbeitsmigranten systematisch ausgebeutet: Im Hotelgewerbe, in der Getränkeindustrie, im Gemüseanbau, bei den Regal-Einräumern mancher Discounter, auf den Großbaustellen, im Metallbau, bei den LKW-Fahrern und im Versandhandel... überall finden wir ganz ähnliche Strukturen.

Ein himmelschreiendes Unrecht mitten unter uns sind menschenunwürdige Unterkünfte, besonders für osteuropäische Arbeitsmigranten. Unter unsäglichen hygienischen Bedingungen und zu völlig überhöhten Mietpreisen werden abbruchreife Häuser, Fabriken und Viehställe mit Rumänen, Bulgaren, Polen und anderen vollgestopft. In einer Überprüfung durch den Landkreis Vechta fand man auch solches vor: *70 Namen an der Tür, 15 Leute in einem Schlafräum, Räume, die nicht so hoch waren, dass man aufrecht darin stehen konnte...* Eine spanische Sozialberaterin erzählte mir von spanischen Werkvertragsarbeitern auf dem Bau, die für ein Bett in einem 12-Bett-Zimmer pro Nacht 12,- € bezahlen müssen.

Im Oldenburger Land hat man bei einer regionalen Eigenheimrate von mehr als 80% den sozialen Wohnungsbau lange vernachlässigt. Das rächt sich jetzt in vielen Kommunen. Wo soll man hin mit den Leuten? Tausende werden zu Wuchermieten in Bruchbuden untergebracht. Ohne Sprachkenntnisse und finanzielle Reserven sind die Werkvertragsarbeiter erpressbar Gezwungener Weise sind sie bereit, unwürdige und unerträgliche Lebens- und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Denn oft ist der Arbeitgeber auch der Vermieter.

Und auch dies ist Fakt: Junge Frauen und Mädchen, oft Analphabetinnen aus Bulgarien und Rumänien, werden mit dem Versprechen guter Arbeit nach Deutschland gelockt und hier dann in großer Zahl zur Prostitution gezwungen!

Das System stützt sich vielfach ab auf das skrupellose Geschäft krimineller Subunternehmer. Ihrer Willkür und Gier sind Werkvertrags- und Leiharbeiter häufig schutzlos ausgeliefert. Unternehmer, die das in ihren Unternehmen dulden, sind mitschuldig an moderner Sklaverei!

Ich bin überzeugt: Wenn es uns nicht gelingt, menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen auch für Migranten zu garantieren, dann verrotten unsere Werte von Innen! All das, worauf wir in unserer Region stolz sind: Fleiß, Innovation, Mut und auch

unser Gemeinschaftsgefüge verrottet von Innen, wenn es uns nicht gelingt, Rechte und Gerechtigkeit allen zugänglich zu machen, auch den Migranten!

Werkvertragsarbeit wird als „Sachkosten“ verrechnet – wohlgemerkt: als *Sachkosten*, nicht als Personalkosten! Dahinter steht ein hochproblematisches Menschenbild! Der Mensch als Sache: austauschbar, wegwerfbar. Persönlichkeitsrechte und die Würde menschlicher Arbeit haben da keinen Platz.

Einer der Riesen in der Fleischbranche hat gegenüber dem Magazin „Stern“ eingeräumt, wenigstens zehn Jahre lang der Unternehmer, der Subunternehmer und die Immobilienfirma gewesen zu sein, die die Wohnungen an die Arbeiter vermietet hat. Die auf diese Weise erwirtschaftete Summe ist Geld, das den Arbeitern und Arbeiterinnen vorenthalten wurde! Der gleiche Konzern war lange, wie andere auch, von der EEG-Umlage, also dem Beitrag für die Förderung der erneuerbaren Energien, befreit, weil er besonders viele Werkvertragsarbeiter beschäftigt hat und damit „Sachkosten“ nachweisen kann, die in der Bruttowertschöpfungskette bei über 14% liegen.

Wir haben es mit einer gespaltenen Gesellschaft zu tun: Arbeitnehmer mit Tarifen und Rechten und solche, die in vielerlei Hinsicht rechtlos sind. Arbeitnehmer-Entsendung ist in unserm Land tausendfach zum Menschenhandel verkommen: Arbeitsstrich und Straßenstrich sind Teil dieser schrecklichen, menschenverachtenden Wirklichkeit. Rechtsfreie Räume sind entstanden, Parallelwelten, richtige Subkulturen mitten unter uns!

Es beginnt mit der Denke und zeigt sich in der Sprache. Ein kleiner Junge sagte einer Bekannten: „Ich wünsche mir zu Weihnachten einen Trecker und einen Polen dazu!“

Wenn der Papst von den „Weggeworfenen“ der Gesellschaft spricht, dann meint er auch die Opfer solcher Wirtschafts-Systeme. Er sagt: „Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann.“ *Evangelii gaudium 53*

Was kann man tun? - Den Migranten müssen muttersprachliche Beratungsangebote ortsnahe zur Verfügung stehen, damit Unwissenheit nicht ausgenutzt werden kann und diese Beschäftigungsverhältnisse aus dem „Graubereich“ heraus kommen.

Woran außerdem kein Weg vorbei führen kann und darf, ist meines Erachtens:

- Equal pay: *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!* Alle Begründungen, warum das nicht gehen soll oder nicht sein kann, sind argumentatives Rumgeeiere!
- Weitestgehende Einschränkung der Werkverträge im Kerngeschäft von Unternehmen! Denn offensichtlich dienen die Werkverträge hier nicht in erster Linie zum Abfedern von Belastungsspitzen, sondern zur Lohndrückerei und zum Umgehen minimalster Sozialstandards. Im Kerngeschäft braucht es verbindlich Stammebelegschaft!
- Der Sumpf krimineller Subunternehmer muss ausgetrocknet werden!
- Alle Arbeiter müssen in deutsche Sozialkassen einzahlen und dazu in der Lage sein!
- Und die Migranten brauchen dezentrale, bezahlbare menschenwürdige Unterkünfte!

Seriöse Berechnungen zeigen: Eine Bezahlung der Arbeiter von mindestens 8,50 € würde den Kunden an der Fleischtheke pro Kilo Fleisch fünf Cent mehr kosten. Gerechtigkeit, die wir

uns leisten können: fünf Cent mehr pro Kilo! Aber es ist nicht so. Billig gewinnt. Geiz ist geil!

Was ist uns gute Arbeit wert?? Was ist uns Gerechtigkeit wert? *Kann es richtig sein, wenn das Kilo Klopapier bei uns teurer ist als das Kilo Fleisch?* Aber es ist so! Das wertvolle und aufwendig produzierte Gut Fleisch wird bei uns unter Wert verschleudert! Qualität hat ihren Preis – eigentlich. Wie können wir verhindern, dass Wertvolles unter Preis verschleudert wird? Braucht es ein Gütesiegel „Faire Arbeit“?

Die Ausbeutung von Menschen, Sklaverei, „funktioniert“ bis heute immer da, wo Menschen als Nummer geführt werden, wo sie kein Gesicht haben, keinen Namen und keine Geschichte. Osteuropäischen Werkvertragsarbeitern geht es vielfach hier bei uns so - sie sind uns nicht als Persönlichkeiten bekannt, eine große anonyme Gruppe, eine „Geisterarmee“: Arbeitskräfte ohne Gesicht, ohne Namen und Geschichte. So werden sie ohne schlechtes Gewissen ausgebeutet, betrogen und gedemütigt. Von Max Frisch stammt das Wort: „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“.

Aus gutem Grund und mit vollem Recht gelten in unserem Land soziale Standards in der Arbeitswelt wie das Verbot von Kinderarbeit, gesetzlich verankerte Standards wie Arbeitsschutz und Sozialleistungen. Auch in einer Marktwirtschaft darf und muss es Mindeststandards geben, von denen wir sagen: „Darunter tun wir 's nicht! Darunter müssen 's auch andere bei uns nicht tun!“ Wertschätzung vor Wertschöpfung!

Seit dem 1. August 2014 gilt ein Mindestlohn in der Fleischbranche, der bis Dezember 2016 stufenweise auf 8,75 € angehoben werden soll. - Das ist ein substantieller Fortschritt! Doch das Ziel muss bleiben, dass die Werkverträge weitestgehend eingeschränkt und Stammebelegschaften wieder aufgebaut werden. Der Sumpf krimineller Subunternehmen in der Arbeitnehmer-Überlassung muss ausgetrocknet werden! Trotz aller Diskussionen und Absichtserklärungen hat sich vielerorts wenig zum Positiven verändert. Das man wohl ganz nüchtern feststellen! Im Gegenteil: Es werden Umgehungsstrategien praktiziert, um den Mindestlohn auszuhöhlen: Unbezahlte Überstunden; 290,- bis 420,- € monatlich für ein Bett im Mehrbettzimmer; Vermittlungsgebühren; Werkzeug wird dem Arbeiter in Rechnung gestellt: Stechschürze u. Stechhandschuh für je 108,- €; Messer-Pfandgeld; Gebühren für Übersetzungen; Vorarbeiter-Bestechung; Transport zur Arbeitsstelle; Erhöhung der Schlagzahl (Laufgeschwindigkeit des Fließbands)...

Kriminelle Subunternehmer werden ersetzt durch kriminelle Subunternehmer! Da wird sich nichts verändern, wenn nicht die Behörden wie der Zoll und die Gewerbeaufsicht rechtlich und personell in die Lage versetzt werden, effektiv die Einhaltung von Gesetzen zu kontrollieren!

Außerdem gilt: Wer 8,75 € in der Stunde verdient, steckt noch mitten in prekären Arbeitsverhältnissen und kann eine Familie nicht davon ernähren. Wenn aber doch die Arbeitsmigranten dauerhaft gebraucht werden, müssen sie in der Lage sein, *mit ihrer Familie* hier menschenwürdig zu wohnen und auskömmlich Geld zu verdienen.

Man bedenke auch die Schicksale zerbrechender Familien, wenn die Eltern in Deutschland sind, und die Kinder in der Heimat von irgendjemandem erzogen werden müssen...

Eine Person hat mich besucht, die seit Jahren in der Problematik „Missbrauch der Werkverträge“ ermittelt hat. Diese Person hat auch die *Verflechtung der Rocker-Szene in das Subunternehmer-Milieu in der Fleischindustrie* im Blick. Ausführlich hat mein

Gesprächspartner mir geschildert, wie die systematische Ausbeutung der Arbeitsmigranten durch die Subunternehmen „funktioniert“.

Folgendes ist mir bei diesen Ausführungen besonders nachdrücklich in Erinnerung geblieben: Als billige Arbeitskräfte werden z. B. Vietnamesen in großem Stil illegal nach Deutschland geschleust. Sie kommen dann zunächst nach Berlin und werden dort mit der Tatsache konfrontiert, dass sie pro Person 10.000 € „Schleusungs-Schulden“ haben, die sie natürlich nicht bezahlen können, die sie aber auf einem von drei Wegen „abarbeiten“ können:

a) Prostitution; b) illegaler Zigarettenhandel in Berlin; c) als Arbeiter in der Fleischindustrie.

Mein Gesprächspartner berichtete, Unternehmen, die von der dritten Möglichkeit „profitieren“, haben die Vietnamesen nicht direkt angestellt, sondern über Subunternehmer. Subunternehmen in der Fleischindustrie seien zum Teil in der Hand international agierender Rockerbanden! Diese kennen sich ja aus mit Menschenhandel, Erpressung und Prostitution! Diese Subunternehmen kennen offensichtlich viele Tricks, um dem Strafgesetz zu entgehen. Und die Behörden treffen auf eine Mauer des Schweigens. Durch Firmenverlagerung und Verschleierung ist die Strafverfolgung oft ein Weg von Jahren, bis jemand rechtskräftig verurteilt wird. Zeugen sind dann oftmals schon nicht mehr in Deutschland oder sie schweigen. Das ist moderne Schuldklaverei! Fachleute bestätigen: Mit Menschenhandel ist in unserer Zeit mehr Geld zu verdienen als mit Drogenhandel!

Mein Gesprächspartner wies hin auf massive Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz. Osteuropäische Arbeitsmigranten arbeiteten oft 13-15 Stunden am Tag. Bei einem rumänischen Subunternehmen hätten sie keinen regulären Tag Urlaub im Jahr. Er wüsste von Fällen, wo Beschäftigten im Krankheitsfall statt Lohnfortzahlung 20-30,- € netto pro Tag vom Lohn abgezogen worden seien. Deshalb sei dieses Beschäftigungsmodell auch so *attraktiv* für manche Unternehmen, weil keinerlei Sozialstandards eingehalten werden müssten! Die Kontrolle von Arbeitszeiten durch die elektronische Zeiterfassung werde in manchen Betrieben so umgangen, dass die Arbeiter zwei Chips für die Zeiterfassung in der Tasche hätten. Mit dem einen machten sie die erste Schicht und mit dem Zweiten dann die zweite.

Gültige Standards von Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrechten werden „durch die Hintertür“ ausgehebelt. Das schadet den Arbeiternehmern und auch den Unternehmen. Die Beachtung der Würde des arbeitenden Menschen und die Wertschätzung seiner Arbeit machen eine nachhaltige Wertschöpfung aber erst möglich. Erfolgreiche Unternehmen in unserer Region sind auch deshalb ganz vorn dabei, weil sie wissen, dass der Mensch ihr wertvollstes Kapital ist. Betriebsräte und andere Arbeitnehmervvertretungen werden in solchen Unternehmen nicht behindert, sondern gefördert.

Menschen, die heute trotz schwerster Arbeit arm sind und arm bleiben, sie sind die Altersarmen von morgen. Und immer werden sie Sozialleistungen brauchen: Folgekosten der Ausbeutung! Ich verstehe nicht die Tatenlosigkeit vieler Kommunen angesichts prekärer Arbeits- und Wohnverhältnisse: Arbeitsmigranten hausen - zum Teil mit Kindern - in slumartigen Verhältnissen auf Campingplätzen bei Wildeshausen und Visbek. Hausärzte behandeln das Phänomen der „Totalerschöpfung“ bei Arbeitsmigranten, die gezwungen werden, über Monate hinweg sieben Tag in der Woche und bis zu 15 Stunden täglich zu arbeiten. Will die Politik das nicht sehen oder ist sie machtlos? Und wenn ja, warum?

Die den Christen gebotene Nächstenliebe ist sinnvoller Weise oft Hilfe zur Selbsthilfe, fordert Stärken heraus und fördert an den Schwachstellen. Nächstenliebe ersetzt nicht die unverzichtbare Eigeninitiative. Bevor jedoch der Mensch zum Denken und zum Arbeiten

kommen kann, muss er den alltäglichen Kampf ums Überleben für sich entschieden haben. *Menschenwürdig leben können, muss die Ermöglichung guter Arbeit sein, nicht ihr Lohn! -*

„Wachstum“ heißt die Zauberformel, „Fressen“ statt „Gefressen werden“. Wer da nicht mehr mitspielt, fliegt raus und gefährdet die Arbeitsplätze vor Ort. So oder ähnlich wird es immer und immer wieder vorgetragen: Sozial sei, was Arbeit schafft. Schon lange weiß man, dass diese Aussage so nicht mehr stimmt. Mitten unter uns sehen wir schon die Folgen der radikalen Ausbeutung von Mensch und Schöpfung! Süddoldenburg stößt an die Grenzen der Ressourcen: Das Grundwasser nicht mehr aus, nicht in der Menge und nicht in der Qualität.

Sozial ist nur, was *gute* Arbeit schafft! Das „globale Dorf“, die Weltwirtschaft, braucht Impulse für eine neue, menschengerechte und schöpfungsgerechte Weise des Wirtschaftens. Ich bin überzeugt, wir Christen müssen wesentlich an diesen Impulsen mitwirken. Zum Beispiel mit der Einforderung von *Solidarität*. Christen sind der Solidarität verpflichtet!

Alle 10 Sekunden stirbt auf der Welt ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen von Unterernährung: Das sind mehr als 8500 Kleinkinder am Tag, mehr als 3,1 Millionen Kleinkinder im Jahr! Die Erde kann aber alle Menschen ernähren. Wir haben in unserer Welt kein Knappheitsproblem, wir haben ein Verteilungsproblem!

Papst Franziskus sagt: „Die christliche Tradition hat das Recht auf Privatbesitz niemals als absolut und unveräußerlich anerkannt und die soziale Funktion jeder Form von Privatbesitz betont.“ Weiter sagt der Papst: „Die Umwelt ist ein kollektives Gut, ein Erbe der gesamten Menschheit und eine Verantwortung für alle. Wenn sich jemand etwas aneignet, dann nur, um es zum Wohl aller zu verwalten“ *Laudato si 93 u. 95* In *Evangelii gaudium 53* sagt der Papst: „Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet.“

Maßlosigkeit und Gier haben in unserer Zeit zu schweren sozialen, ökologischen und ökonomischen Verwerfungen geführt. Vielfach ist der Mensch herabgewürdigt worden zum Produktionsfaktor und zur Kostenstelle, ausgequetscht wie eine Zitrone und dann weggeworfen. Unternehmensberater berichten mir, dass die Schäden durch „Burnout“ und ähnliche Phänomene mittlerweile so groß sind, dass man langsam in der Wirtschaft begreift: An der Schraube „Effizienz“ und an der Schraube „Personalkosten drücken“ kann man nicht unendlich drehen. Es braucht neue Plausibilitäten des Wirtschaftens, Plausibilitäten, die bisher nicht oder zu wenig beachtet wurden – *Selbstbeschränkung* zum Beispiel oder *Verzicht als Gewinn* um eines größeren Wertes Willen und ganz wesentlich: *Solidarität und Teilhabe aller*.

Der Vorsitzende der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, sagt: „Wir müssen über den Kapitalismus hinausgehen... Die primitive Vorstellung, der Markt regelt alles, hat sich endgültig als falsch erwiesen.“

Und wieder Papst Franziskus: "Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden." *EG 202*

Den Menschen immer um seiner selbst willen zu sehen und wertzuschätzen, ihn nicht zu benutzen, ist Grundlage christlicher Ethik. *Der Mensch* und mit ihm die Schöpfung müssen in das Zentrum des Wirtschaftens rücken. Frieden kann es dauerhaft nur geben mit einer Weltwirtschaftsordnung, die geprägt ist von Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Verkündigung der Frohen Botschaft darf sich nicht scheuen, konkret zu werden. Je weiter wir an die Ränder gehen, desto konkreter müssen wir werden. Das kann zu Konflikten führen, wenn wir auf gegenläufige Interessen stoßen. Christentum ist Dienst an der Welt. In diesem Dienst macht man sich die Hände schmutzig, zwangsläufig! Not und Ungerechtigkeit in der Welt lässt kein distanzierendes Beobachten zu. Seelsorge verlangt, dass man sich kümmert und sich einmischt. Um es mit Papst Franziskus zu sagen: „Der Hirt muss nach seinen Schafen riechen!“

Die Kirche muss nach den Worten des Papstes zuallererst eine "arme Kirche für die Armen" (*EG 198*) sein, die an die Ränder der Gesellschaft geht. Ihm sei eine verbeulte und beschmutzte Kirche, die auf die Straße geht, lieber als eine Kirche, die sich verschlossen und bequem an die eigenen Sicherheiten klammert, so Franziskus. Zu den Bedürftigen zählt er auch die Opfer neuer Formen von Sklaverei wie die Ausgebeuteten in der Arbeitswelt und der Prostitution. Es gebe viele Arten von Mittäterschaft; das bequeme Schweigen zähle dazu.

Eine Verrohung der Wirtschaft durch die Relativierung von Ethik und Moral mag kurzfristige Wettbewerbsvorteile zeitigen, auf Dauer untergräbt und zerstört sie den sozialen Frieden. Eigentum ist immer geliehen; ungeschmälert schulden wir es der nachfolgenden Generation. Als Leihgabe verpflichtet Eigentum zur Solidarität. Eine zukunftsfähige Weltwirtschaftsordnung geht von einem Menschenbild aus, das ein Recht auf Teilhabe an den Gütern der Erde *allen* zuspricht. Weniger kann mehr sein, wenn in einer neuen Rangordnung der Werte endlich das hirnlose „Geiz ist geil“ in seiner Unmenschlichkeit identifiziert und geächtet wird.

Die „goldene Regel“, wie sie sich in vielen Religionen und Kulturen findet, definiert den Maßstab: „Alles, was ihr von anderen erwartet, das tut ebenso auch ihnen.“ Ohne Maßhalten und Selbstbegrenzung verkommt der Mensch und die Gesellschaft. Geben und Nehmen, Arbeiten und Konsumieren bedürfen des Maßes und des verzichteten Könnens.

„*Einen Fremden sollst du nicht ausnutzen oder ausbeuten*“, so heißt es im Buch Exodus im Alten Testament. Arbeitsmigrantinnen und –migranten dürfen nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Werte und Rechte sind dann der *Kitt* der Gesellschaft und nicht ihr *Sprengstoff*, wenn sie *für alle* gelten, auch für die Zugezogenen und Fremden. Eine Wirtschaftsordnung, die aus Gier sich der Grenzen von Ethik und Moral entledigt, ist wie ein Krebsgeschwür mit tödlichem Wachstum! Weniger ist mehr, wenn das Wenige einem höheren Wert zuzuordnen ist. So ein höherer Wert ist ein „lebenswertes Leben“ für alle, auch für die Fremden, die Schwachen und die Menschen am Rande.

„...*Eigentlich müsste ich aussteigen. Ich fahre die ganze Zeit in die falsche Richtung. Aber draußen ist es dunkel und hier im Zug ist es so schön warm...*“